

# Deutsche Minderheiten in den kommunistischen Ländern Europas

WILHELM REITER

Die Veröffentlichung der Volkszählungsergebnisse in der Sowjetunion haben unsere Aufmerksamkeit erneut auf die deutschen Minderheitsgruppen in den kommunistisch beherrschten Ländern Europas gelenkt. Nach einer vorläufigen Aufstellung des Statistischen Amtes der Sowjetunion wurden in der UdSSR am 15. Januar 1959 1 619 000 Deutsche gezählt. In der Reihe der kommunistischen Staaten in Europa fehlen nur noch Polen und Ungarn mit genauen, durch eine Volkszählung festgestellten Zahlen über den deutschen Bevölkerungsanteil in ihren Ländern; von Ungarn sind sie ebenfalls bald zu erwarten, nachdem dort zu Beginn dieses Jahres bei der Volkszählung nach nationaler Herkunft und Muttersprache gefragt wurde.

Daß nach der Flucht und Vertreibung in den ersten Nachkriegsjahren noch beträchtliche Gruppen von Deutschen in dem südost-, mittel- und ost-europäischen Raum geblieben sind, ist heute allgemein bekannt. Wir sind oft erstaunt, wie ungebrochen manche Gruppen noch sind und wie sie bei der ersten Möglichkeit wieder versuchten, ihr kulturelles Leben neu zu formen.

Die inzwischen eingetretenen Wandlungen haben das Leben dieser Deutschen von Grund auf umgestaltet. Sie waren alle in den ersten Nachkriegsjahren vielfach dem Haß und Vernichtungswillen ausgesetzt und mußten Maßnahmen über sich ergehen lassen, die manchmal an die Grenzen des gerade noch Erträglichen reichten. Dann wurden sie von jenen Wandlungen mit ergriffen, die der Kommunismus in ihre Heimat brachte. Heute sind die kommunistischen Machthaber bestrebt, das, was sie zuerst an Not und Verfolgung über die Deutschen ihrer Länder gebracht haben, vergessen zu machen. Die einschränkenden Maßnahmen und Bestimmungen gegen die Deutschen wurden gelockert — hier früher, dort später — und sie wurden in die glückverheißende kommunistische Nationalitätenpolitik einbezogen.

## RUMÄNIEN

Am frühesten wurde dieser Weg der Einbeziehung der Deutschen in die kommunistische Nationalitätenpolitik in Rumänien beschritten. Dort haben die Deutschen bei den großen Umwälzungen nach 1945, die schließlich in den kommunistisch beherrschten Staat einmündeten, verhältnismäßig wenig gelitten. Die Toleranz des Rumänen, seine Gutmütigkeit, aber auch die besonderen siedlungsmäßigen und geschichtlichen Tatbestände ließen dieses Land als erstes eine neue Nationalitätenpolitik verfolgen, in die nach der anfänglichen Entrechtung allmählich auch die Deutschen, die Banater Schwaben und die Siebenbürger Sachsen, einbezogen wurden.

Die Deutschen in Rumänien traten in diese Neuentwicklung, wenn auch nur noch rund 400 000 gegenüber nahezu 800 000 von 1930 an der Zahl, doch



in ihrer soziologischen Struktur als intakte Volksgruppe ein. Denn zunächst gingen die Verluste auf die Umsiedlung von etwa 200 000 Deutschen aus Rumänien während des Krieges ins Reich zurück. Die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen, die beiden stärksten Gruppen des Deutschtums in Rumänien, leben auch heute noch als geschlossene Gruppen in ihrer Heimat. Aus ihnen setzt sich das Deutschtum auch mit seinen im Jahre 1956 gezählten 384 708 Angehörigen zusammen<sup>1</sup>.

Die wirtschaftliche Situation dieser Deutschen unterscheidet sich grundsätzlich in nichts von der der übrigen Bewohner des Landes oder der in anderen kommunistischen Ländern. Das Bürgertum in den Städten wurde ebenso verproletarisiert wie das einst auf hoher Stufe stehende und wirtschaftlich gut situierte deutsche Bauerntum. Diese beiden Säulen trugen vor 1945 die finanzielle Belastung des kulturellen Eigenlebens mit Schulen, Kirche, Presse, Theater, Museen und anderen Kultureinrichtungen.

Mit der Zerstörung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage der Deutschen in Rumänien durch die Enteignungen, die mit dem Bodenreformgesetz der Regierung Groza vom 16. März 1945 eingesetzt hat, war auch die Grundlage des kostspieligen kulturellen Eigenlebens vernichtet. Wenn auch 1956 mit dem „abgeänderten Dekret 81“ den deutschen Bauern zum großen Teil die enteigneten Häuser zurückerstattet wurden, blieb die Wirtschaftskraft der Deutschen zerschlagen. Das einst so wirtschaftsstarke deutsche Bauerntum in Rumänien mußte „den Weg der kollektiven Landarbeit beschreiten“, wie es im *Neuen Weg* — einer deutschsprachigen kommunistischen Zeitung in Bukarest — vom 30. Dezember 1956 in den „Gedanken zum neuen Jahr“ heißt. Dafür erhielten „einige tausend Familien deutscher werktätiger Bauern Boden vom Staat“.

Die Entwicklung des Deutschtums in Rumänien nach 1945 macht gegenüber allen anderen Staaten im kommunistischen Machtbereich insofern eine rühmliche Ausnahme, als in diesem Land deutsche Schulen erhalten geblieben sind und auch während der ganzen Nachkriegszeit eine deutschsprachige Presse erschienen ist. Zur Durchführung des deutschsprachigen Unterrichts stand eine fachlich gut ausgebildete Lehrerschaft zur Verfügung. Mit der Errichtung der Volksdemokratie in Rumänien wurden aus den deutschen Schulen kommunistische Schulen mit deutscher Unterrichtssprache gemacht, getreu dem marxistisch-leninistischen Grundsatz in der Nationalitätenpolitik „national in der Form und sozialistisch im Inhalt“. Die Zahlen des Statistischen Jahrbuchs der Rumänischen Volksrepublik von 1959 über die Entwicklung des deutschen Schulwesens von 1955/56 bis zum Schuljahr 1958/59 weisen auf eine Verringerung der selbständigen deutschen Schulen zugunsten deutscher Schulabteilungen an den anderen, vornehmlich rumänischen Schulen hin. So gab es im Schuljahr 1955/56 in ganz Rumänien 288 selbständige deutsche Schulen und 91 Schulabteilungen mit deutscher Unterrichtssprache an anderen Schulen des Landes. Diese 379 Schulen mit deutscher Unterrichtssprache wurden von 26 532 Kindern besucht. Es handelt sich hierbei um die vierklassige Grundschule, wie sie in Rumänien üblich ist, um die siebenklassige weiterführende Schule, um die elfklassige höhere Schule,

<sup>1</sup> Anuarul Statistic al R.P.R. 1959, *Bucuresti 1959*.



die unserem Gymnasium entspricht, und um Fachschulen aller Art. Im Schuljahr 1958/59 hingegen bestanden für 29 084 Schüler 410 deutschsprachige Schulen aller Art. Davon sind bereits 133 Schulabteilungen; die selbständigen deutschsprachigen Schulanstalten sind auf 277 zurückgegangen.

Die rund 385 000 Deutschen in Rumänien haben heute in Temeswar ein eigenes deutsches Staatstheater und in Hermannstadt eine deutsche Abteilung an dem dortigen rumänischen Staatstheater. Neben modernen Stücken, wobei vielfach russische und rumänische Autoren in deutschen Übersetzungen gespielt werden, finden auch die deutschen Klassiker ihre Pflege.

Von den früheren zahlreichen deutschen Zeitungen des Landes erscheint heute keine einzige mehr. An ihre Stelle trat in Bukarest der *Neue Weg*, der in 60 000 Exemplaren erscheinen soll. Daneben gibt es in Temeswar und Kronstadt (das übrigens heute Stalinstadt heißt) je eine Provinzzeitung in deutscher Sprache. Diese in deutscher Sprache erscheinende Presse im heutigen Rumänien offenbart uns auf eine sehr eindeutige Weise, daß es sich hierbei um Zeitungen handelt, die mit dem Leben und der Existenz einer deutschen Volksgruppe nichts zu tun haben. Es handelt sich um kommunistische Zeitungen mit der Aufgabe, deutsche Menschen in ihrer Muttersprache anzusprechen und der kommunistischen Beeinflussung zuzuführen. Obwohl sich diese Zeitungen an deutsche Menschen in Rumänien richten, kann man in keiner einzigen Nummer feststellen, daß sie die in Wirklichkeit bestehenden eigenen Probleme der Volksgruppe anerkennt und behandelt.

Das eigene deutsche Schrifttum wird gepflegt, und in wiederholt durchgeführten literarischen Wettbewerben versucht man immer wieder, neue schriftstellerische Talente zu entdecken und zu fördern. Auch hier steht die Tendenz im Vordergrund. In der schon zitierten Nummer des *Neuen Weg* vom 30. Dezember 1956 brachte Hans Liebhardt eine „Kulturbilanz 1956 und ...“. Er schreibt dort unter anderem: „Ich durchblättere eine Mappe mit Zeitungsausschnitten deutscher Literatur und Kritik aus dem Jahre 1950. Am Ende finde ich eine Tabelle. »Situation der im Jahre 1950 erschienenen deutschen Bücher: Staatsverlag - 16, Cartea Rusa - 15, Jugendverlag - 19...«“. Das war die Situation im Jahr 1950. In der Zeit von 1949 und 1954 sind in Rumänien nahezu 1200 deutsche Bücher mit einer Gesamtauflage von fast vier Millionen erschienen. Doch handelt es sich auch hier wiederum um die vorwiegend ideologisch ausgerichtete Literatur des Marxismus-Leninismus.

Im Leben deutscher Volksgruppen in fremder Umwelt spielte die Kirche immer eine bedeutende Rolle. Im Königreich Rumänien stützte sich das eigene Schulwesen der deutschen Volksgruppe vornehmlich auf die Kirchen, das bei den Siebenbürger Sachsen der Ev. Landeskirche A. B. in Hermannstadt unterstand und für die fast ausschließlich katholischen Banater Schwaben einen starken Rechtsschutz im Konkordat fand. Was für den Südosten allgemein charakteristisch ist, daß sich Volkstum und Kirche gegenseitig ergänzen, traf zum großen Teil auch auf die Deutschen Rumäniens zu. Sie führten in ihren Siedlungen ein in sich geschlossenes völkisches und kirchliches Eigenleben.



Aus begreiflichen Gründen richteten sich die heftigsten Angriffe der Kommunisten gegen die katholische Kirche, die sich unter solchen Umständen schließlich auch auf das völkische Leben der katholischen Banater Schwaben in Rumänien auswirken mußten. Gerade die besonders treu zu Kirche und Volkstum stehenden Priester und Laien wurden verfolgt und mit ihrem Bischof Dr. Augustin Pacha zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Trotzdem berichten Reisende aus Rumänien, daß gerade heute das religiöse Leben eine besonders starke Intensität und Verinnerlichung gefunden hat. In den einst bäuerlichen deutschen Dörfern des Banates z. B. kamen früher zu den werktägigen Gottesdiensten bestenfalls einige alte Frauen; heute, da viele ehemalige Bauern in die entfernte Stadt zur Arbeit fahren, besuchen sie vor der Arbeit in großer Zahl den Gottesdienst, der für sie am frühen Morgen abgehalten wird.

### UNGARN

Nächst Rumänien hat Ungarn in Südosteuropa die stärkste deutsche Volksgruppe, deren Zahl trotz der Ausweisung auf Grund der Potsdamer Beschlüsse auch von ungarischen Stellen auf rund 300 000 geschätzt wird. Das Ergebnis der zu Beginn dieses Jahres durchgeführten Volkszählung ist noch nicht veröffentlicht worden. Aber die Maßnahmen der ungarischen Regierung bei der Durchführung ihrer Nationalitätenpolitik gehen davon aus, daß in diesem Land mindestens eine Viertelmillion Deutscher leben.

Die Voraussetzungen, den in Ungarn verbliebenen Deutschen Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer sprachlichen Eigenarten zu geben, waren nach 1945 nicht so günstig wie in Rumänien. Ungarn gehört zu den klassischen Vertreibungsländern, das heißt, es hat zumindest einen Teil seiner deutschen Bevölkerung auf Grund der Potsdamer Beschlüsse des Landes verwiesen.

Rumänen und Madjaren sind zwei Völker mit bekannt antislawischen Komplexen. Es ist daher verständlich, daß gerade in diesen beiden Ländern Nationalitätengruppen von den Kommunisten besonders gefördert wurden, um die nationale Geschlossenheit beider Länder zu sprengen. Daraus ist die 1952 aufkommende Absicht der ungarischen Regierung zu erklären, den im Land verbliebenen Deutschen die Gleichberechtigung wieder zuzugestehen. Außerdem konnte man die stärkste Minderheitengruppe auf die Dauer nicht im Zustand der Diskriminierung belassen.

Das Zugeständnis, die in Ungarn verbliebenen Deutschen ebenfalls in den Bereich der kommunistischen Nationalitätenpolitik einzubeziehen, äußerte sich zunächst in der Herausgabe einer deutschsprachigen Zeitung, *Freies Leben*, in Budapest. Es folgten Gründungen von Kulturgruppen, die so etwas wie ein deutsches Vereinsleben in Gang bringen sollten, und die Zulassung des deutschen Sprachunterrichts an 100 Schulen des Landes, den man vorerst als Übergang zum muttersprachlichen Unterricht ansah. Als deutsche kulturelle Interessenvertretung wurde der „Kulturverband der deutschen Werktätigen in Ungarn“ gegründet. Wenn auch vermieden wurde, solche Gründungen schon rein äußerlich als kommunistisch erscheinen zu lassen, war es offensichtlich, daß sie nur dazu dienen sollten, die Deutschen Un-



garns dem Kommunismus zuzuführen. Die Passivität der Deutschen war nach den bitteren Erfahrungen von 1945/46 so groß, daß sie auch beim Volksaufstand im Oktober 1956 nach keiner Seite hin überwunden wurde.

Mit und nach dem Volksaufstand hörten vorübergehend die kommunistischen Betreuungsarbeiten an den Deutschen in Ungarn auf. Die Zeitung *Freies Leben* hatte ihr Erscheinen eingestellt, der „Kulturverband der deutschen Werktätigen in Ungarn“ arbeitete nicht mehr. Aber nicht nur die Passivität der Deutschstämmigen in Ungarn gegenüber den Ereignissen im Herbst 1956, sondern auch ihre ans Fatalistische grenzende Bereitwilligkeit bei der Errichtung der Kollektivwirtschaften nach dem Volksaufstand führte zu einer verstärkten Förderung deutschsprachiger Kultureinrichtungen in Ungarn. In Budapest wurde als neues Wochenblatt die *Neue Zeitung* als „Organ des Demokratischen Verbandes der deutschen Werktätigen in Ungarn“ herausgegeben. Daraus lernen wir die Absicht kennen, den Deutschen in Ungarn die kulturelle Eigenart in Sprache und Brauchtum zu erhalten, um damit Hand in Hand verstärkt die ideologische Werbung durchzuführen. Man beginnt, die anfänglich geübte Tarnung fallen zu lassen und offen für die kommunistische Ideologie bei den Deutschen zu werben.

In den Richtlinien des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei für den VII. Parteitag im Herbst 1959 heißt es über die Nationalitätenpolitik: „Gegenüber den in unserem Lande lebenden nationalen Minderheiten verfolgt unsere Partei die marxistisch-leninistische Politik der vollkommenen politischen, gesellschaftlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung. Der zur Zeit der kapitalistisch-feudalen Herrschaft zwischen dem ungarischen Volk und den nationalen Minderheiten geschürte Haß wurde in unserem Lande von einer Freundschaft gleichberechtigter Bürger verschiedener Nationalität abgelöst. In den ersten Jahren nach der Befreiung unterlag die deutsche Minderheit im Interesse der demokratischen Entwicklung gewissen Einschränkungen, die jedoch im Zuge der sozialistischen Entwicklung aufgehoben wurden. Gegenwärtig bauen unsere deutschsprachigen Bürger im Vereine mit ungarischen und anderen Nationalitäten angehörenden Werktätigen das sozialistische Ungarn. Wirkungslos blieben jene Versuche, die auf eine Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Treue der süd-slawischen Minderheit abzielten.“

Unsere Partei und Regierung sorgte und wird auch weiterhin dafür sorgen, daß die eigensprachige Kultur der Nationalitäten gepflegt und die Kultur unseres ganzen Volkes damit bereichert wird, daß die Kinder in den allgemeinen und Mittelschulen in der Muttersprache unterrichtet werden und die Mitglieder der Nationalitäten an unserem gesellschaftlichen und staatlichen Leben gleichberechtigt mit den Ungarn teilnehmen.“

Unmißverständlich sind die Erklärungen des Sektionschefs der Nationalitätenabteilung im Ministerium für Kulturwesen, Sándor Vendégh, die von der *Neuen Zeitung* vom 11. September 1959 veröffentlicht wurden. Er sagte dort grundsätzlich über die kommunistische Nationalitätenpolitik seines Landes: „Unsere Nationalitätenpolitik beruht auf der wissenschaftlichen Anwendung des Marxismus-Leninismus, der durch die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung begründet ist.“ Vendégh nimmt auch Stellung zur Frage der in Ungarn wichtigen Assimilation, der wir entnehmen,



daß „die Hauptaufgabe ... in der Förderung und Formung des politischen Bewußtseins, des demokratischen und sozialistischen Bewußtseins unseres Staates, der Werktätigen aller Nationalitäten“ besteht. Er sagte dann weiter: „Über die Frage der Assimilation nur so viel, daß diese eine geschichtliche Tatsache darstellt, einen gesetzmäßigen Vorgang, der mit dem auszufechtenden großen gesellschaftlichen Fortschritt als Sozialismus ineinander geht.“

Über die Anzahl und Arbeit der deutschen Schulen unterrichtet uns der Generalsekretär des Demokratischen Verbandes der deutschen Werktätigen in Ungarn, Dr. Friedrich Wild, in einem Referat auf der ersten Sitzung des deutschen pädagogischen Rates kurz vor Weihnachten 1959. Dr. Wild gab dort bekannt, daß heute 12 000 deutsche Kinder in 150 Schulen in ihrer Muttersprache unterrichtet werden oder deutschen Sprachunterricht bekommen. In vier deutschen Gymnasien in Baja, Budapest, Fünfkirchen und Güns studieren rund 250 deutsche und ungarische Kinder. Allerdings haben nur vier Grundschulen in ganz Ungarn Deutsch als Unterrichtssprache. Dr. Wild gibt zu, daß die deutschen Eltern diesem Schultyp zögernd gegenüberstehen. Er gesteht auch, daß bei den Aussiedlungen nach dem Krieg Fehler begangen wurden, „die das Gerechtigkeits- und Selbstgefühl der Deutschen beleidigten. Die örtlichen Fehler, die wenig umsichtigen Maßnahmen führten dahin, daß die ungarländischen Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren eine gewisse Scheu, ja Furcht an den Tag legten, sich mit Mißtrauen wappneten und ihre kulturellen Ansprüche nicht geltend machten.“

Von der Vertreibung wurden vornehmlich jene Kreise betroffen, die sich bis dahin für die Belange ihrer Volksgruppe eingesetzt hatten. Es war also nicht wie in Rumänien, daß eine sozial intakt gebliebene Volksgruppe weiterbestand; was verblieben war, war eine führerlose Gruppe, die nach den bitteren Erfahrungen der Vertreibung mit den damit verbundenen Verfolgungen es vorzog, möglichst nicht als Deutsche in Erscheinung zu treten. Obwohl der Artikel 49 der ungarischen Verfassung allen Staatsbürgern der ungarischen Volksrepublik die gleichen Rechte garantiert, dauerte es doch recht lange, bis auch die Deutschen in den Genuß der Gleichberechtigung kamen. Punkt drei dieses Artikels der ungarischen Verfassung lautet: „Die Ungarische Volksrepublik gewährleistet allen auf ihrem Gebiet lebenden Nationalitäten die Möglichkeit des Unterrichts in der Muttersprache und der Pflege ihrer nationalen Kultur.“

#### TSCHECHOSLOWAKEI

Aus der Entwicklung und Situation der deutschen Minderheiten in Rumänien und Ungarn könnte man den Eindruck bekommen, daß der Kommunismus wenigstens soweit die kulturelle Eigenart der Volksgruppen und Nationalitäten zu fördern bereit ist, als er sie in den Dienst seiner ideologischen Werbung einsetzen kann. Man könnte annehmen, daß er in diesen Fragen nach einheitlichen Grundsätzen vorgeht und solche Grundsätze überall auf die verbliebenen Deutschen anwendet. Eine Untersuchung der Situation der Deutschen in der Tschechoslowakei belehrt uns jedoch, daß auch die



Nationalitätenfrage im kommunistischen Machtbereich eine Sache der reinen Willkür ist. Denn in der Tschechoslowakei sind die Deutschen auch heute noch Bürger zweiter Klasse und selbst der neue Verfassungsentwurf, der gegenwärtig diskutiert wird, wird daran nichts ändern.

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Tschechoslowakei trotz der Vertreibung von 3 1/2 Millionen Deutschen und eines Teiles der in der Slowakei beheimateten Madjaren heute noch ein Nationalitätenstaat ist. In der tschechoslowakischen Bevölkerungsstatistik finden wir heute unter 13 161 542 Einwohnern nur 8 774 982 Tschechen. 165 167 Einwohner des Landes sind Deutsche. Das heißt also, daß die Deutschen nach den Slowaken und Madjaren noch immer die stärkste Volksgruppe im Land sind<sup>2</sup>.

Nach den Verfolgungen, denen das Deutschtum in der Tschechoslowakei nach Kriegsende ausgesetzt war, hat die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei erstmals bei ihrem IX. Parteitag im Frühjahr 1949 das Schlagwort geprägt: „Es ist nicht jeder Deutsche wie der andere.“ Damals wurde eine deutsche „Antifaschistische Aktion“ gegründet, die ein Flugblatt verbreitete, in dem es unter anderem hieß: „Das Bürgertum und seine Lakaien waren die Träger des bürgerlichen Nationalismus und des Deutschenhasses; durch seine Niederlage entstanden die Voraussetzungen zur Lösung des Nationalitätenproblems in der Tschechoslowakei.“ Damit begann eine neue Politik gegenüber den noch im Lande verbliebenen Deutschen. Im August 1951 wurden die Aussiedlungstransporte völlig eingestellt, nachdem sie schon vorher stark zurückgegangen waren. 1953 wurde ein Gesetz verabschiedet, wonach den Deutschen ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, die sie 1945 verloren hatten, mit Wirkung vom 7. Mai 1953 zwangsweise wieder zuerkannt wurde. Im Herbst 1951 erschien für die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei das Wochenblatt *Aufbau und Frieden* in Prag, dessen Aufgabe nach einem späteren Bekenntnis seines leitenden Redakteurs Kurt Babel sein sollte, „die Erziehung unserer deutschen Werktätigen zu sozialistischen Menschen, zu bewußten Patrioten, für den Aufbau des Sozialismus und für den Schutz unserer befreiten Heimat“.

Wenn wir heute die Entwicklung der deutschen Nationalität in der Tschechoslowakei von 1951 angefangen bis zur Gegenwart überblicken und die Entwicklung mit jener der Deutschen in Rumänien und Ungarn vergleichen, muß man feststellen, daß die kommunistische Nationalitätenpolitik in der Tschechoslowakei den Deutschen gegenüber ohne besondere Auswirkungen geblieben ist. Sie hat sich auf die Gründung der erwähnten Zeitung *Aufbau und Frieden* in Prag, auf die Gründung einiger Kulturgruppen und einer deutschen Laienbühne mit dem anspruchsvollen Namen „Friedrich-Schiller-Theater“ beschränkt. Es gibt heute für die Kinder deutscher Muttersprache in der Tschechoslowakei keine einzige deutsche Schule, abgesehen von manch anderen Kultureinrichtungen, wie wir sie vor allem in Rumänien kennengelernt haben. Wir finden wohl einen spärlichen Deutschunterricht, und es erscheinen die Jugendschriften „Das rote Halstuch“ und „Die Freundschaft“. Sie sind im Deutschunterricht in der Tschechoslowakei lange die einzigen Lehrmittel gewesen. Für den Deutschunterricht gibt es keine deut-

<sup>2</sup> *Aufbau und Frieden*, Prag, 23. Januar 1958, 3.



schen Lehrer; er wird durchwegs von tschechischen Lehrkräften abgehalten, die die deutsche Sprache häufig nur mangelhaft beherrschen. Der Deutschunterricht wird in Sprachzirkeln von der dritten Klasse an in wöchentlich drei Stunden abgehalten. Aus manchen Leserzuschriften an den *Aufbau und Frieden* lernen wir zum Teil Interesslosigkeit der deutschsprachigen Eltern am Deutschunterricht kennen; oft aber wird die Unzulänglichkeit eines solchen Deutschunterrichts bemängelt, wie etwa in der Nummer vom 12. Januar 1954, in der es heißt: „Die deutschen Sprachzirkel, die bei vielen Schulen bestehen, sind meist wie etwas Nebensächliches an den Stundenplan angehängt. Die Teilnahme an den Zirkeln ist freigestellt. Aus beiden Gründen werden die Kurse deshalb von den Kindern oft als überflüssige Belastung aufgefaßt. Ich kenne Schulen, wie z. B. in Preßnitz, in denen Lehrkräfte, die selbst nicht gut Deutsch können, unterrichten. Die deutschen Kinder lernen dann oft ihre Muttersprache wie eine Fremdsprache. Da sie zuerst Tschechisch und dann Deutsch als Schriftsprache lernen, kommt es bei ihnen nicht selten zu einer Verwirrung, nicht nur in der Rechtschreibung, sondern auch in der Aussprache.“

Da wir aus Gründen, weil wir zu wenig Lehrer haben, zur Zeit keine deutschen Schulen haben können, wäre es Aufgabe der Eltern, ihren Kindern die Grundlage zu geben, daß sie über den Dialekt hinaus die Möglichkeit haben, später einmal Schriftdeutsch zu lernen.“

Praktisch sind die Deutschen in der Tschechoslowakei auch heute noch Bürger zweiter Klasse.

Der erste Sekretär des ZK der KPTsch, Antonín Novotný, erklärte kürzlich auf der Tagung des Zentralkomitees die Grundsätze, auf die der Staat mit der nun diskutierten Verfassung gestellt werden soll. Zur Nationalitätenfrage, im besonderen zur Frage der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei, führte er aus: „Die Verfassung wird ferner davon ausgehen, daß die Tschechoslowakei ein einheitlicher Staat von zwei gleichberechtigten brüderlichen Völkern, den Tschechen und Slowaken, ist, der auch den übrigen Nationalitäten eine freie, sozialistische Entwicklung sichert. Ausdrücklich sollen hierbei die ungarische, ukrainische und polnische Nationalität angeführt werden. Sicher können auch Meinungen auftreten, warum wir nicht auch die deutsche Nationalität anführen. Wir sehen hierzu keine Veranlassung, weil wir die Frage der deutschen Nationalität bei uns schon in den Jahren 1945 und 1946 auf Grund des Potsdamer Abkommens als erledigt betrachten. Die Deutschen, die bei uns geblieben sind, haben die gleichen, sich aus der Verfassung ergebenden Rechte wie alle anderen Bürger unserer Republik. Sie haben ihre Beschäftigung, alle Möglichkeiten für Bildung und kulturelles Leben und sie haben alle übrigen Rechte im öffentlichen Leben.“<sup>3</sup>

Worauf Novotný in seiner Rede anspielt, ist der Artikel 24 des Verfassungsentwurfs, der folgenden Wortlaut hat: „Den Bürgern ungarischer, ukrainischer und polnischer Nationalität sichert der Staat sämtliche Möglichkeiten und Mittel zur Bildung in der Muttersprache und in der kulturel-

<sup>3</sup> *Aufbau und Frieden*, Prag, 19. April 1960.



len Entfaltung sowie auch die volle Teilnahme am Leben der Gesellschaft der Werktätigen.“

Man sieht also, daß in dem Land, in dem die erste deutsche Universität gegründet wurde, in dem einst 3½ Millionen Deutsche ihre Heimat hatten, für den Rest der anerkannt fleißigen und der Wirtschaft des Staates nützlichen Bevölkerung auch heute noch nicht jene Behandlung der Gleichberechtigung zugestanden wird, die in dem kommunistischen Grundsatz „national in der Form und sozialistisch im Inhalt“ verankert ist und dem sonst üblichen kommunistischen Nützlichkeitsprinzip entspricht.

## POLEN

Bis heute gibt es keine amtliche statistische Unterlage in Polen über die nationale Zusammensetzung seiner Bevölkerung. Es gibt daher auch keine Angaben über die Zahl der im Land verbliebenen Deutschen. Wenn wir aber amtlichen polnischen Stimmen glauben sollen, gibt es im polnischen Machtbereich von heute kaum noch Deutsche. Es gibt sie nach polnischen Begriffen wenigstens nicht mehr in nennenswerter Zahl, für die man sich im Sinn der „leninistischen Nationalitätenpolitik“ bemühen müßte.

Wenn man das Erscheinen einer Zeitung in deutscher Sprache zu der vom kommunistischen Staat als notwendig angesehenen Beeinflussung der Leser als Grundlage für die Existenz einer deutschen Minderheit nimmt, dann gibt es in Polen keine deutsche Minderheit. Denn die letzte Zeitung in deutscher Sprache, *Die Woche in Polen*, hat ihr Erscheinen mit dem Ende des Jahres 1958 eingestellt. Es war eine Wochenzeitung, die auf die Tageszeitung *Arbeiterstimme* in Breslau gefolgt war. Die *Arbeiterstimme* aber erscheint seit Ende April 1958 nicht mehr, weil durch die Familienzusammenführung und Spätaussiedlung nach Deutschland nicht mehr genügend Leser vorhanden waren. Auch diese beiden Zeitungen wurden stets von Volkspolen mit deutschen Sprachkenntnissen redigiert, während in den bisher behandelten Ländern die deutschsprachige Presse immer auch von deutschstämmigen Kommunisten des betreffenden Landes gestaltet wird.

Als weitere Folge dieser Spätaussiedlung wurde eine deutsche Schule nach der anderen geschlossen, so daß es heute in dem ganzen polnischen Machtbereich nur noch fünf deutschsprachige Schulen mit etwa 400 Schülern gibt. Das ist der Rest deutschen Lebens in den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten. Noch um die Jahresmitte 1957 gab es 126 deutsche Schulen; ein Jahr später waren es immerhin noch 117 mit 4800 Schülern.

Und doch gibt es auch heute noch in den von Polen verwalteten Ostgebieten nach polnischen Zugeständnissen, die hin und wieder gemacht werden, etwa 1 100 000 Deutsche, die aber von Polen nicht als solche, sondern als „Autochthone“ bezeichnet werden. Es handelt sich hierbei um jene Bewohner der von Polen besetzten Ostgebiete, deren Umgangssprache kaschubisch oder masurisch ist, die sich jedoch zur deutschen Kultur bekennen und den neuen Polonisierungsbestrebungen Widerstand leisten. Sie werden als germanisierte Slawen bezeichnet und sollen nunmehr dem polnischen Volkstum zugeführt werden. Aus zahlreichen kritischen polnischen Presse-



stimmen über die Zustände in den besetzten deutschen Ostgebieten kann man von Zeit zu Zeit lesen, daß diese Autochthonen vielfach der Polonisierung inneren Widerstand entgegensetzen. Da sie aber von den amtlichen Stellen in Polen nicht als Deutsche anerkannt werden und keine amtlichen Zählungsergebnisse über die Bevölkerung Polens nach ihrer nationalen oder sprachlichen Zusammensetzung vorliegen, glaubt die Regierung in Warschau, keine Veranlassung zu haben, die besonderen kulturellen Verhältnisse dieser Gruppe von Menschen berücksichtigen zu müssen.

#### SOWJETUNION

Große Überraschung hat das Ergebnis der sowjetrussischen Volkszählung von 1959 ausgelöst, als bekannt wurde, daß sich dabei 1 619 000 Personen zum Deutschtum bekannt hatten. Davon haben rund 75% Deutsch als Muttersprache angegeben. Diese Zahl, die 0,77% der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion entspricht, überrascht noch mehr, wenn man sie mit den Ergebnissen früherer sowjetrussischer Zählungen vergleicht; sie bedeutet nämlich eine Zunahme des deutschen Bevölkerungsteils gegenüber 0,62% im Jahr 1926 und 0,74% im Jahr 1939. Man ist mit Recht verblüfft von dem Ergebnis dieser Volkszählung 1959, da man weiß, daß auch das Deutschtum der Sowjetunion im Krieg und nach dem Krieg nicht verschont geblieben ist von Haß und Verfolgung. Zweifellos geht diese Zunahme der Deutschen am Bevölkerungsteil der Sowjetunion auf den Zustrom von Deutschen zurück, die außerhalb der Sowjetunion geboren wurden: auf Reichsdeutsche, Österreicher, Kriegsgefangene, politische Flüchtlinge, Volksdeutsche aus verschiedenen Ländern Europas und auf Deutsche, die nach der Sowjetunion verschleppt wurden.

Die Volkszählung wurde sehr sorgfältig durchgeführt. Es wurde sowohl nach der Nationalität wie auch nach der Muttersprache gefragt. In den Anweisungen für die Zähler hieß es:

a) zu Frage sieben: Es wird die Nationalität aufgeschrieben, die der Gefragte angibt. Die Nationalität der Kinder wird von den Eltern bestimmt. In den Familien, wo Vater und Mutter zu verschiedenen Nationalitäten gehören (Mischehe) und die Eltern die Nationalität ihrer Kinder nicht bestimmen können, ist der Nationalität der Mutter der Vorrang zu geben.

b) zu Frage acht: Es ist die Sprache aufzuführen, die der Befragte selbst als seine Muttersprache zählt. Wenn der Befragte Schwierigkeiten bei der Angabe der Muttersprache hat, ist die Sprache anzugeben, die der Befragte am besten beherrscht oder die er gewöhnlich in der Familie spricht. Die Muttersprache kann von der Nationalität abweichen<sup>4</sup>.

Mit Recht fragen wir heute nach der Entwicklung und dem Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion. Einerseits behauptet der Kommunismus, die Nationalitätenprobleme nach den von Lenin festgesetzten Grundsätzen zur Zufriedenheit der Beteiligten lösen zu können. Andererseits konnten wir in den volksdemokratischen Ländern feststellen, wie unterschiedlich etwa die

---

<sup>4</sup> Nach K. Stumpp, Das Deutschtum in der Sowjetunion nach der Volkszählung 1959, in: Volk auf dem Weg, Stuttgart 1960, 3.



deutschen Minderheitengruppen in diesen Ländern behandelt wurden, immer im Zeichen des Kommunismus, immer mit dem Hinweis, daß auch dieses Problem nach kommunistischen Grundsätzen gelöst werde.

Die Sowjetunion als erster kommunistischer Staat blickt nunmehr auf eine über vierzigjährige Erfahrung in der Anwendung marxistisch-leninistischer Grundsätze zurück. Sie ist außerdem ein Staat, in dessen Grenzen zahlreiche Nationalitäten leben und in der das russische Volk auch heute noch nicht mehr als rund 55% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die Frage nach der Folgerichtigkeit und dem Ergebnis der leninistischen Nationalitätenpolitik ist also berechtigt, und wir wollen uns dieser Frage, auf die Deutschen der Sowjetunion angewandt, widmen. Wir wollen vielleicht an dem sowjetrussischen Beispiel feststellen, ob etwa die Unterschiede in der Behandlung der deutschen Minderheiten in den einzelnen volksdemokratischen Ländern von Rumänien angefangen über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen auf das noch in den ersten Nachkriegsjahren vorherrschenden Ressentiment oder auf andere Umstände, wie etwa auf geschichtliche und geographische Gegebenheiten zurückzuführen sei. Wir wollen aber auch an der Anwendung kommunistischer Grundsätze in der Nationalitätenpolitik — wenn es so etwas nun tatsächlich gibt — feststellen, zu welchem Glück oder Unglück sie dann für die betreffenden Nationalitäten führt.

Bis zum ersten Weltkrieg besaß das Deutschtum in Rußland ein eigenes Schulwesen mit muttersprachlichem Unterricht. Während des ersten Weltkriegs wurden die deutschen Schulen nicht nur verboten, sondern den Deutschen drohte auch die Enteignung. Die Revolution brachte dann den Wandel, und in den deutschen Siedlungsgebieten wurden wieder deutsche Schulen errichtet. Als dann nach 1933 infolge der politischen Spannungen zwischen dem kommunistischen Rußland und dem nationalsozialistischen Deutschland Rußlands Mißtrauen wuchs, kam es 1938 wieder zu einem Verbot deutscher Schulen in allen Siedlungsgebieten mit Ausnahme der autonomen Republik der Wolgadeutschen. Nach Kriegsausbruch erließ der Oberste Sowjet am 28. August 1941 das Dekret „über die Umsiedlung der Deutschen des Wolgagebiets“. Schlagartig wurde die deutsche Bevölkerung dieses Gebietes evakuiert und nach dem asiatischen Teil der Sowjetunion zwangsumgesiedelt. Die männliche Bevölkerung wurde bei dieser Aktion von ihren Familien getrennt, und die Frauen und Kinder blieben in einer fremden, aufgehetzten deutschfeindlichen Umwelt allein auf sich gestellt<sup>5</sup>. Dieser Zustand dauerte rund fünfzehn Jahre, bis das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR am 13. Dezember 1955 ein Dekret „über die Aufhebung der Beschränkung in der Rechtsstellung der Deutschen und ihrer Familienangehörigen, die sich in Sondersiedlungen befinden“, erließ, das in deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut hatte: „In Anbetracht der Tatsache, daß die bestehenden Beschränkungen in der Rechtsstellung der deutschen Sondersiedler und ihrer Familienangehörigen, die in verschiedene Rayons des Landes verschickt worden sind, in Zukunft nicht weiter nötig geworden sind, beschließt das Präsidium des Obersten Sowjets in der UdSSR:

<sup>5</sup> Volk auf dem Weg, Stuttgart 5, 1959, 2.



1. Deutsche und ihre Familienangehörigen, die in der Zeit des großen vaterländischen Krieges in eine Sondersiedlung verschickt worden sind, sind aus der Zugehörigkeit der Sondersiedlung zu entlassen und von der administrativen Kontrolle der Organe des MWD zu befreien. Das gleiche gilt für Bürger der UdSSR, die nach einer Repatriierung aus Deutschland in eine Sondersiedlung eingewiesen worden sind.
2. Es wird festgestellt, daß die Aufhebung der durch die Sondersiedlung bedingten Beschränkungen für die Deutschen nicht die Rückgabe des Vermögens zur Folge hat, das bei der Verschickung konfisziert worden war, ferner, daß sie nicht das Recht haben, in die Genden zurückzukehren, aus denen sie verschickt worden sind.“<sup>6</sup>

Aber auch zwischen den beiden Weltkriegen sahen sich Angehörige der deutschen Nationalität in der Sowjetunion Verfolgungen ausgesetzt, da sie vielfach den besitzenden Klassen angehörten. Besonders in den Jahren der blutigen Säuberung durch Stalin hatte die deutsche Bevölkerung schwere Verluste hinzunehmen, die sich vor allem auf die Intelligenz bezogen.

Weniger hart betroffen von den im Krieg vorgenommenen Maßnahmen gegen die Deutschen waren die geschlossenen deutschen Siedlungen Sibiriens und Mittelasien. Über diese Siedlungen berichtete erstmals in Deutschland Klaus Mehnert, der sie besuchen konnte und darüber in *Christ und Welt* 1956 Nr. 25 schrieb. Immerhin haben die Maßnahmen im Krieg und nach dem Krieg, die Zwangsumsiedlung, Verbot der deutschen Sprache im Umgang und in der Schule, Trennung der Familien, dazu geführt, daß das Rußlanddeutschtum schwer getroffen wurde. Es ist schwer festzustellen, ob die 1955 vorgenommene Teilrehabilitierung einer internen sowjetrussischen Notwendigkeit, dem Besuch Adenauers oder vielleicht doch so etwas wie einer kommunistischen Nationalitätenpolitik zuzuschreiben ist.

Die Rehabilitierung im Jahr 1955 hob nur einen Teil der Bestimmungen auf, nach denen die Rußlanddeutschen seinerzeit zwangsumgesiedelt wurden. Es wurde ihnen weder die Rückkehr in die alten Siedlungsgebiete gestattet, noch wurde ihnen das konfiszierte Vermögen zurückgegeben. Es spricht sicher viel für die Annahme, daß zur Rehabilitierung der Deutschen in der Sowjetunion alle drei zitierten Umstände beigetragen haben. Denn trotz der Zersiedlung und Zerstreuung hielten die Deutschen an der Muttersprache fest. Die Mütter und Großmütter waren die Hüterinnen der eigenen selbstverständlichen Kulturwerte eines Volkes geblieben in Sprache und Religion. Sie zwangen durch diese Haltung die Sowjets zu propagandistischen Maßnahmen. Denn die in ihrer religiösen Haltung fest verwurzelten Menschen begannen auf ihre Umwelt mit ihrer Glaubenshaltung einzuwirken und forderten somit die atheistischen Sowjets zu Gegenmaßnahmen heraus. Das geschah am besten, indem man versuchte, die Deutschen der UdSSR in ihrer eigenen Sprache anzusprechen.

Nach dem Besuch des Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer in Moskau wurde vom Verlag der *Prawda* am 1. Mai 1957 eine Zeitung für die deutsche Bevölkerung der Sowjetunion herausgegeben. Das Blatt, *Neues Leben* be-

<sup>6</sup> Vgl. diese Zschr. 151 (1952/53) 289; 155 (1954/55) 45; 162 (1958) 461.



nannt, erscheint seither dreimal wöchentlich in einer Auflage von angeblich 100 000 Exemplaren.

Ein Jahr später kündigte der sowjetrussische Sender in Alma Ata deutschsprachige Sendungen an. Das Programm — so wurde damals gemeldet — sollte sich nicht nur aus Nachrichten, Erfolgsmeldungen der Bestarbeiter, Berichten aus dem Leben der Menschen, Fragen der kulturellen Betreuung, der Erziehung, des Deutschunterrichts zusammensetzen, sondern auch Schriftsteller und Dichter wurden aufgefordert, an der Programmgestaltung mitzuarbeiten. Schon früher, im Dezember 1955, erschien in Barnaul das deutschsprachige Blatt *Arbeiter*.

Die wichtigste Maßnahme auf dem Weg der kulturellen Anerkennung der deutschen Volksgruppe aber ist die Veröffentlichung des Ministeriums für Volksbildung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Einführung des Unterrichts in der Muttersprache oder „des Deutschunterrichts nach erweitertem Programm für sowjetdeutsche Kinder“. Nach der im August 1957 erschienenen Verordnung sollten deutsche Kinder auf Wunsch ihrer Eltern in ihrer Muttersprache unterrichtet werden. In Schulen mit Schülern verschiedener Nationalitäten sollen deutsche Kinder von der zweiten Klasse an in Gruppen zusammengefaßt werden und in zwei Stunden wöchentlich Deutschunterricht nach dem erweiterten Programm erhalten. Bis zu jenem Zeitpunkt gab es Deutschunterricht nur an Mittelschulen von der fünften Klasse an im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts.

Auch in der Kasachischen und Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik und in anderen Unionsrepubliken mit Bewohnern deutscher Herkunft wurden ähnliche Maßnahmen angekündigt.

Wenn auch in den einzelnen Sowjetrepubliken das nationale Unterrichtswesen autonom ist, so richtet man sich doch überall nach den Bestimmungen und Gesetzen der Regierung der UdSSR. Es gibt jedenfalls gesetzliche Bestimmungen, die den Unterricht in der Muttersprache der Schüler ermöglichen. Die Eltern sind berechtigt, zu entscheiden, in welche Schule der entsprechenden Unterrichtssprache sie ihre Kinder schicken wollen.

Der Anfang auch eines erweiterten Deutschunterrichts war überaus schwierig. Es fehlten dazu geradezu alle Voraussetzungen: es gab keine Lehrbücher, keine Lehrer, keine Lehrpläne, keine Willensäußerungen der Eltern, die im Gesetz als erste Vorbedingung genannt sind. Daher findet man in der Zeitung *Neues Leben* immer wieder neue Beschwerden über die mangelhafte und unzulängliche Durchführung der Bestimmungen über den muttersprachlichen Unterricht für Kinder deutscher Eltern.

So berichtet *Neues Leben* vom 26. August 1958 über die Unzulänglichkeiten des ein Jahr vorher eingeführten Deutschunterrichts nach dem erweiterten Programm:

„Aber nicht überall wurde das neue Schuljahr gut vorbereitet. H. Feldbusch ... beschwert sich, daß bei ihnen Deutsch nur von der fünften Klasse an unterrichtet wird.“ Aus dem Gebiet Akmolinsk schrieb eine Gruppe von Eltern an die Zeitung: „Im Dorf leben meist Sowjetdeutsche. Im verflossenen Jahr wurde der Deutschunterricht nicht eingeführt, weil es keine Fibel und kein Programm gab. Auch in diesem Jahr warten wir vergebens auf



Lehrbücher.“ An diese Zuschriften knüpft die Zeitung die Bemerkung: „Es ist eine Tatsache, daß in einzelnen Rayons dem Studium der Muttersprache noch nicht genügend Verständnis entgegengebracht wird.“ Dem Lehrermangel wollte man in der RSFSR durch einmonatige Kurzlehrgänge für Deutschlehrer abhelfen.

Aus Karaganda kam folgende Klage über die großen Anfangsschwierigkeiten: „Wir hatten dort weder ein Programm noch methodische Anweisungen. Auch die Fibel von H. Klassen reichte nicht für alle. Trotz dieser Schwierigkeiten erfolgte der Unterricht regelmäßig, und wir konnten am Ende des Schuljahrs auch gewisse Erfolge verzeichnen.“ So begegnen wir immer wieder Klagen über fehlende Schulbücher und Programme und über Schwierigkeiten, die von örtlichen Behörden gemacht werden.

Zunächst ist es die alte Generation, die noch an der Muttersprache festhält. Die Mütter und Großmütter waren in den bitteren Jahren der Trennung, Verschleppung und Zwangsumsiedlung die Garanten für die Erhaltung der Muttersprache und des Glaubens in der Familie. In jenen Jahren gab es für die Kinder deutscher Eltern keinen Unterricht in der Muttersprache, für die Eltern kein deutsches Buch. Aus einem in Kanada veröffentlichten Brief erfahren wir darüber, daß in den Siedlungen mit deutscher Bevölkerung in Sibirien die letzte Generation noch ihre Muttersprache zu pflegen bereit ist. Deutsche Gedichte zum Beispiel, die ihnen in Briefen von Verwandten aus Kanada zugeschickt wurden, haben die Runde im ganzen Dorf gemacht.

Immer wieder hören wir Klagen über die starke Russifizierung bei der Jugend. So schreibt eine Frau wörtlich: „Viele ziehen von hier fort nach Kasachstan. Dort sind mehr Deutsche. Aber mit so einer großen Familie umziehen, das kostet viel Geld. Aber hier die Kinder verrussen lassen, das will ich auch nicht ... Sie haben mich gefragt, ob ich mir eine Bibel wünsche. Ja, herzlich gerne möchte ich eine haben ...“

Parallel mit der Förderung der deutschen Sprache in Presse und Schule begann man auch Bücher in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Darüber schreibt die Zeitung *Neues Leben* am 31. August 1957: „Wir baten den Chefredakteur des Verlags für fremdsprachige Literatur, W. N. Pawlow, uns mitzuteilen, welche Werke demnächst in deutscher Sprache erscheinen. Seit einigen Jahren, sagte Genosse Pawlow, hat unser Verlag seine Tätigkeit merklich erweitert. Dieses Jahr verlegten wir in deutscher Übersetzung viele Bücher mit innen- und außenpolitischer Thematik, davon „Die Ereignisse in Ungarn“ von Leonow, den Leitartikel der Zeitung *Schenminshipao* betitelt „Nochmals über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats in der UdSSR“, und u. a. m.

Viele Veröffentlichungen kommen besonders im Hinblick auf die Jugendarbeit heraus. Wir können uns auch hier wieder auf die Zeitung *Neues Leben* stützen, die am 6. Mai 1958 ein Liederbuch in deutscher Sprache ankündigte, das bei Veranstaltungen und Schülerabenden verwendet werden soll. Die Zeitung weist auf „ein Bändchen mit 20 Liedern der Sowjetjugend in deutscher Sprache“ hin, „das 1957 zu den Moskauer Weltfestspielen heraus-



gegeben wurde“. Das Liederbuch enthält ausschließlich Lieder kommunistischer Tendenz.

Ein solches kulturelles Programm, das der weltanschaulichen Beeinflussung der deutschen Bevölkerung der Sowjetunion dient, kann die Förderung deutschsprachiger eigenständiger Literatur nicht unbeachtet lassen. Die Zeitschrift *Sowjet-Literatur* brachte in ihrer Nr. 11, 1958 einen Beitrag von Franz Leschnitzer „Sowjetdeutsches Gegenwartsschaffen“. Der Verfasser weist auf zahlreiche literarische Einsendungen hin, die die Redaktion der Zeitung *Neues Leben* erreichen. Er nennt die Einsendungen „nennens- und förderungswerte *sowjetdeutsche Dichtkunst*“. Wir begegnen in diesem Aufsatz zum ersten Mal dem Begriff des „Sowjetdeutschen“. Er schreibt dort unter anderem über das „Übergewicht der Lyrik in der sowjetdeutschen Literatur“, das „im Einklang mit den Wünschen vieler sowjetdeutscher Leser (zugleich in erfreulichem Gegensatz zum Rückgang des Interesses für Lyrik im heutigen Westen)“ stehe. Es werden darin eine ganze Reihe von Namen solcher „sowjetdeutscher Dichter“ genannt.

Nach diesen Darlegungen erhebt sich die berechtigte Frage: Ist die Gewährung gewisser kultureller Einrichtungen für die deutsche Bevölkerung in kommunistischen Ländern eine Anerkennung der deutschen Volksgruppen mit dem Ziel, im Rahmen einer grundsätzlichen Politik zwischen Menschen verschiedener nationaler Herkunft ein neues und friedliches Verhältnis im Zusammenleben in einer kommunistischen Welt zu machen? Diese Frage ließe sich gewiß nicht leicht beantworten, wenn wir nur die Zeit nach 1945 mit den angeführten Beispielen und nur mit den Deutschen im Blickfeld vor Augen hätten. Dann könnte man die von Land zu Land festgestellten Abweichungen im Verhalten gegenüber den deutschen Minderheiten mit den bekannten geographischen, historischen oder kulturellen Verhältnissen begründen, die dann politisch ein Spiegelbild des Verhältnisses von Deutschland zu dem betreffenden Land darstellen würden.

Aber gerade die sowjetrussische Nationalitätenpolitik und ihre Anwendung auf den deutschen Bevölkerungsteil lehrt uns, daß es sich hierbei um reine Zweckmäßigkeit handelt. Nicht Erhaltung und Pflege der Volkstümer ist ihr Zweck, sondern ihre Zerstörung. Das Volkstum wird nur so lange erhalten, wie es der Erziehung und Ausrichtung seiner Angehörigen im kommunistischen Sinn dienen kann.